



Rechtsausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

7. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Ahaus sowie weiterer 13 Städte und Gemeinden, §§ 8 Abs. 3 und 5 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013) vom 21. März 2013 (GV.NRW. S. 167 ff.) verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

7

VerfGH 7/14

Vorlage 16/1816

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, sich am verfassungsgerichtlichen Verfahren VerfGH 7/14 nicht zu beteiligen.

- 2 Unterrichtung des Landtags über beim Bundesverfassungsgericht anhängige Normenkontrollverfahren, zu denen der Landesregierung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist (Unterrichtungszeitraum: 2013)** **8**

Bericht der Landesregierung
Information 16/168

Der Rechtsausschuss nimmt die Unterrichtung des Landtags zur Kenntnis und wird keine weiteren Schritte einleiten.

- 3 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz)** **9**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151
APr 16/504

Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den federführenden Hauptausschuss

Der Rechtsausschuss votiert einstimmig für den Gesetzentwurf Drucksache 16/4151. Dieses Votum wird dem federführenden Hauptausschuss mitgeteilt.

- 4 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen** **10**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443
APr 16/496

Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Der Gesetzentwurf der FDP Drucksache 16/4443 wird mit den Stimmen von FDP und CDU gegen die Stimmen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Piraten abgelehnt. Das Votum wird dem federführenden Ausschuss übermittelt.

**5 Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus
Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur
Vornahme weiterer Änderungen** **14**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5303

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/5303 wird einstimmig
angenommen.

Dieser Beschluss wird dem Plenum empfohlen, vorbehaltlich
dessen, dass der Haushalts- und Finanzausschuss noch vor
dem nächsten Plenum entsprechend votiert. Anderenfalls
wird in der nächsten Rechtsausschusssitzung das weitere
Verfahren abgestimmt.

**6 Gesetz zur Modernisierung des Verwaltungsverfahrensgesetzes und
zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften** **15**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5230

abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den federführenden
Innenausschuss

Der Rechtsausschuss gibt in der heutigen Sitzung noch kein
Votum ab, sondern wartet damit bis nach dem Sach-
verständigengespräch am 8. Mai 2014.

**7 Gewalt gegen Polizeibeamte ist kein Kavaliersdelikt – Mindeststrafe
für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte einführen!** **16**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3442
APr 16/488

Der Antrag Drucksache 16/3442 wird mit den Stimmen von
SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und der Piraten gegen die
Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

8 Stalking-Opfer besser schützen 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4578
APr 16/499

Auswertung des Sachverständigengesprächs

Der Antrag Drucksache 16/4578 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

9 Das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP läuft nordrhein-westfälischen Interessen grundsätzlich zuwider! 26

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5278

Der Antrag Drucksache 16/5278 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt. – Das Votum wird weitergeleitet.

10. Videoüberwachung transparent und nachvollziehbar gestalten: Ein öffentliches Register für Videoüberwachungskameras in Nordrhein-Westfalen einführen 35

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5280

Der Rechtsausschuss beschließt für den Fall einer Anhörung eine nachrichtliche Beteiligung. Im Anschluss daran wird der Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

11 Politisches Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten abschaffen – selbstverwaltete Justiz ermöglichen – Gewaltenteilung stärken 36

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5281

Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Experten-
gesprächs. Die Details werden im Kreis der Obleute
besprochen.

12 Cannabis legalisieren – Drogenpolitik neu ausrichten 37

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5478

Der Rechtsausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD,
Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von
CDU und den Piraten eine nachrichtliche Beteiligung.

13 Was wird aus den geschlossenen Justizvollzugsanstalten in NRW? 39
(TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1848

– Diskussion –

**14 Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Weitergabe
personenbezogener Daten durch das OLG Hamm und der WWU
Münster? (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 43**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1855

– Diskussion –

**15 Vorläufiger Haushaltsbeschluss 2013 im Einzelplan 04 (TOP beantragt
von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 45**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1849

– Diskussion –

**16 Richter am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen erhebt schwere
Vorwürfe gegen Justizminister Kutschat (TOP beantragt von der
CDU-Fraktion; siehe Anlage) 46**

Bericht der Landesregierung
vertrauliche Vorlage 16/55

– ohne Diskussion –

17 Spektakuläre Flucht aus der JVA Herford (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage)

47

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1865

– Diskussion –

18 Verschiedenes

50

Der Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen vom Deutschen Anwaltsverein hat um ein Gespräch gebeten. Als Termin hierfür ist der 24. September 2014 – ein Sitzungstag – vorgesehen. Die Einzelheiten werden noch mit den Obleuten besprochen.

* * *

5 Zweites Gesetz zur Änderung von landesrechtlichen Vorschriften aus Anlass des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und zur Vornahme weiterer Änderungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5303

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt mit, dass die erste Lesung am 9. April 2014 stattgefunden habe. Der Rechtsausschuss sei federführend, der Haushalts- und Finanzausschuss mitberatend. Man müsse sich darüber verständigen, wie weiter verfahren werden solle. Der Haushalts- und Finanzausschuss habe noch kein Votum abgegeben. Daher schlage er, Orth, vor, den Punkt in der übernächsten Sitzung wieder aufzurufen.

Minister Thomas Kutschaty (JM) stellt fest, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung für das nächste Mittwochsplenum zur zweiten Lesung vorgesehen sei. Wenn man diesen Termin einhalten wolle, sollte man das Verfahren vielleicht beschleunigen. Er ziehe eine Parallele zum Hinterlegungsgesetz; da hätten sich alle angestrengt, dass es möglichst zeitnah habe kommen können. Immerhin bringe jeder Tag, an dem es früher fertig sei, mehr Gebühreneinnahmen für Nordrhein-Westfalen. Wenn es daher gelänge, eine schnelle Beratung und eine zweite Lesung in der Plenarwoche hinzubekommen, wäre das gut für die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen.

Vorsitzender Dr. Robert Orth meint, dies könne wohl sein; jedoch habe man diesen Antrag aus dem Plenum überwiesen bekommen. Der andere Ausschuss sei nun einmal mitberatend; das könne man nicht einfach ignorieren. Man könne gegebenenfalls die Bereitschaft zeigen, vor der Plenarsitzung kurzfristig noch eine Rechtsausschusssitzung einzuberufen, wenn bis dahin ein Votum vorliege. Man könne auch zwischendurch beim Haushalts- und Finanzausschuss nachfragen, ob dieser noch votieren wolle.

(Zuruf: Der HFA tagt morgen!)

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/5303 wird einstimmig angenommen.

Dieser Beschluss wird dem Plenum empfohlen, vorbehaltlich dessen, dass der Haushalts- und Finanzausschuss noch vor dem nächsten Plenum entsprechend votiert. Anderenfalls wird in der nächsten Rechtsausschusssitzung das weitere Verfahren abgestimmt.

